

Ministerium für Bildung,
Jugend und Sport
Land Brandenburg

Rahmenlehrplan für die Sekundarstufe I

Jahrgangsstufen 7 – 10



Politische Bildung

Rahmenlehrplan für die Sekundarstufe I

Politische Bildung

IMPRESSUM

Erarbeitung

Dieser Rahmenlehrplan wurde vom Landesinstitut für Schule und Medien Berlin-Brandenburg (LISUM) erarbeitet. Er beruht auf dem Rahmenlehrplan Sekundarstufe I Politische Bildung des Landes Brandenburg, der in seiner 1. Auflage 2008 erschienen ist.

Die vorgenommenen Änderungen betreffen das Kapitel 4 Themen und Inhalte, das um Wahlpflichtinhalte mit Bezügen zur Zeitgeschichte ergänzt ist, die die Inhalte der Themenfelder beider Doppeljahrgangsstufen der Sekundarstufe I präzisieren.

Herausgeber

Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg

Gültigkeit des Rahmenlehrplans

Gültig ab 1. August 2010*

(*Dieser Rahmenlehrplan ersetzt den Rahmenlehrplan Sekundarstufe I Politische Bildung vom 01.08.2008, Rahmenlehrplannummer 302011.08.)

Rahmenlehrplannummer

302011.10

Printed in Germany

ISBN 978-3-940987-49-5

1. Auflage 2010

Druck: GS Druck und Medien GmbH, Potsdam

Dieses Werk ist einschließlich aller seiner Teile urheberrechtlich geschützt. Der Herausgeber behält sich alle Rechte einschließlich Übersetzung, Nachdruck und Vervielfältigung des Werkes vor. Kein Teil des Werkes darf ohne ausdrückliche Genehmigung des Herausgebers in irgendeiner Form (Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden. Dieses Verbot gilt nicht für die Verwendung dieses Werkes für die Zwecke der Schulen und ihrer Gremien.

Inhaltsverzeichnis

1	Bildung und Erziehung in der Sekundarstufe I	5
1.1	Grundsätze	5
1.2	Lernen und Unterricht	6
1.3	Kompetenzentwicklung und Bildungsgänge	8
2	Der Beitrag des Fachs Politische Bildung zum Kompetenzerwerb	10
2.1	Fachprofil	10
2.2	Fachbezogene Kompetenzen	12
3	Standards	16
4	Themen und Inhalte	19
4.1	Themenfeld Jugend und Politik – Doppeljahrgangsstufe 7/8	21
4.2	Themenfeld Medien – Doppeljahrgangsstufe 7/8	22
4.3	Themenfeld Menschenrechte, Recht und Rechtsprechung – Doppeljahrgangsstufe 7/8	23
4.4	Themenfeld Gesellschaft – Doppeljahrgangsstufe 9/10	24
4.5	Themenfeld Wirtschaft – Doppeljahrgangsstufe 9/10	25
4.6	Themenfeld Demokratie – Doppeljahrgangsstufe 9/10	26
4.7	Themenfeld Internationale Politik – Doppeljahrgangsstufe 9/10	27

1 Bildung und Erziehung in der Sekundarstufe I

1.1 Grundsätze

Es ist Aufgabe der Schule, die Lernenden bei der Entwicklung ihrer individuellen Persönlichkeit optimal zu unterstützen. Deshalb knüpft die Schule an das Weltverstehen sowie die Lernerfahrungen der Schülerinnen und Schüler an und greift ihre Interessen auf. In der Sekundarstufe I erweitern und vertiefen die Schülerinnen und Schüler ihre bis dahin erworbenen Fähigkeiten und Fertigkeiten mit dem Ziel, sich auf die Anforderungen ihrer zukünftigen Lebens- und Arbeitswelt vorzubereiten.

**Lern-
erfahrungen**

Die Lernenden erweitern ihre demokratischen und interkulturellen Kompetenzen, entwickeln Urteils- und Entscheidungsfähigkeit und lernen, ihre schulische und außerschulische Lebenswelt in Übereinstimmung mit den demokratischen Werten unserer Verfassung aktiv und verantwortungsvoll mitzugestalten. Im Dialog und in der Kooperation mit Menschen unterschiedlicher kultureller Prägung übernehmen sie Verantwortung für sich und ihre Mitmenschen. Die Erziehung zur Selbstständigkeit und Mündigkeit erfordert, dass sich die Schülerinnen und Schüler altersgemäß mit wissenschaftlichen, technischen, medialen, rechtlichen, politischen, sozialen und ökonomischen Entwicklungen auseinandersetzen, deren Möglichkeiten nutzen sowie Handlungsspielräume, Perspektiven und Folgen beurteilen. Indem sie Meinungsbildungsprozesse und Entscheidungen zunehmend mitgestalten, eröffnen sie sich vielfältige Handlungsalternativen.

**Demokratisches
Handeln**

Die Schülerinnen und Schüler lernen, ihren Lebensstil in Verantwortung für zukünftige Generationen zu entwickeln. Sie gestalten und beschäftigen sich mit den Wechselbeziehungen zwischen Umwelt-, Wirtschafts- und sozialen Belangen. Das schließt Fragen der Mobilität und des Verkehrs ein. Von besonderer Bedeutung ist, dass sie aktiv an der Analyse und Bewertung von nicht nachhaltigen Entwicklungsprozessen teilhaben, sich an Kriterien der Nachhaltigkeit im eigenen Leben orientieren und nachhaltige Entwicklungsprozesse gemeinsam mit anderen lokal wie global initiieren und unterstützen.

**Nachhaltiges
Handeln**

Die Schülerinnen und Schüler begreifen Gesundheit als wesentliche Grundbedingung ihres alltäglichen Lebens. Sie entwickeln und nutzen individuelle Ressourcen zur Stärkung gesundheitsförderlichen Verhaltens, zur sozialen Intervention sowie zur Reduzierung gesundheitsbeeinträchtigenden Verhaltens.

**Gesundheits-
bewusstes
Handeln**

Die Lebenswirklichkeit der Schülerinnen und Schüler ist heute in einem nie zuvor gekannten Ausmaß medial geprägt und strukturiert. Sie nutzen verschiedene Medien kompetent, sachgerecht, kritisch, kreativ und produktiv zum Erschließen, Aufbereiten, Produzieren, Kommunizieren und Präsentieren sowie für Interaktion und Kooperation. Ihnen sind Chancen, Grenzen und Risiken von Medien und Technologien zunehmend vertraut. Sie verfügen über grundlegende Kenntnisse medialer Codes, Symbole und Zeichensysteme sowie der darauf basierenden Inhalte/Form/Struktur-Beziehungen und wenden diese für die Analyse und Bewertung unterschiedlicher Medienangebote an. Sie besitzen ein grundlegendes Verständnis von der Rolle der Medien in der Gesellschaft, ihrer Bedeutung für die Berufs- und Arbeitswelt und für die aktive Teilhabe an der Gesellschaft.

**Medien und
Technologien**

Der beschleunigte Wandel einer von Globalisierung geprägten Welt sowie die Erweiterung des Wissens und seine Verfügbarkeit erfordern eine Neuorientierung für das Lernen im Unterricht. Dem wird mit einem dynamischen Modell der Kompetenzentwicklung Rechnung getragen. Ziel der Kompetenzentwicklung ist die erfolgreiche Bewältigung vielfältiger Herausforderungen im Alltags- und im späteren Berufsleben. Um angemessene Handlungsentscheidungen treffen zu können, lernen die Schülerinnen und Schüler, zunehmend sicher zentrale Zusammenhänge grundlegender Wissensbereiche sowie die Funktion und Bedeutung vielseitiger Erfahrungen zu erkennen und diese zur Erweiterung ihres bereits vorhandenen Wissens und Könnens zu nutzen.

**Kompetenz-
entwicklung**

Zur Entwicklung von Kompetenzen wird Wissen gezielt aufgebaut und vernetzt und geht durch vielfältiges Anwenden in kompetentes, durch Interesse und Motivation geleitetes Handeln über. Deshalb werden im Verlauf der Schulzeit zunehmend fachliche Grenzen überschritten und vernetztes Denken und Handeln gefördert.

Mithilfe ihres Wissens und ihrer Fähigkeiten bringen die Lernenden sich zunehmend sprachlich kompetent in die Diskussion alltäglicher und fachlicher Probleme ein, begegnen Situationen und Objekten zunehmend bewusst und sind in der Lage, ihre Erfahrungen zu reflektieren.

Standard-orientierung

Welche Kompetenzen die Schülerinnen und Schüler in dem Bildungsgang bis zu einem bestimmten Zeitpunkt erwerben müssen, wird durch die Standards verdeutlicht. Diese beschreiben fachliche und überfachliche Qualifikationen und dienen Lernenden und Lehrenden als Orientierung für erfolgreiches Handeln. Sie sind auf ganzheitliches Lernen ausgerichtet und bilden einen wesentlichen Bezugspunkt für die Unterrichtsgestaltung, für das Entwickeln von Konzepten zur individuellen Förderung der Schülerinnen und Schüler sowie für ergebnisorientierte Beratungsgespräche. Die Standards sind so formuliert, dass sie den Lernenden zunehmend als Referenzsystem für die Bewusstmachung, Gestaltung und Bewertung von Lernprozessen und Lernergebnissen dienen.

Themenfelder und Inhalte

Für die Kompetenzentwicklung sind zentrale Themenfelder und relevante Inhalte ausgewiesen, die sich auf die Kernbereiche der jeweiligen Fächer konzentrieren und sowohl fachspezifische als auch überfachliche Anforderungen deutlich werden lassen. So erhalten die Schülerinnen und Schüler Gelegenheit zum exemplarischen Lernen und zum Erwerb einer grundlegenden, erweiterten oder vertieften allgemeinen Bildung. Dabei wird stets der Bezug zur Erfahrungswelt der Lernenden und zu den Herausforderungen an die heutige wie die zukünftige Gesellschaft hergestellt.

Anschlussfähiges Wissen und vernetztes Denken und Handeln als Grundlage für lebenslanges Lernen entwickeln die Schülerinnen und Schüler, wenn sie in einem Lernprozess erworbenes Wissen und Können auf neue Bereiche übertragen und für eigene Ziele und Anforderungen in Schule, Beruf und Alltag nutzbar machen können.

Schulinterne Curricula

Der Rahmenlehrplan bietet Orientierung und Raum für die Gestaltung schulinterner Curricula, in denen auf der Grundlage der Vorgaben des Rahmenlehrplans der Bildungs- und Erziehungsauftrag von Schule standortspezifisch konkretisiert wird. Dazu werden fachbezogene, fachübergreifende und fächerverbindende Entwicklungsschwerpunkte sowie profilbildende Maßnahmen festgelegt. Die Kooperation innerhalb der einzelnen Fachbereiche bzw. Fachkonferenzen ist dabei von ebenso großer Bedeutung wie fachübergreifende Absprachen und Vereinbarungen. Bei der Erstellung schulinterner Curricula werden regionale und schulspezifische Besonderheiten sowie die Neigungen und Interessenlagen der Lernenden einbezogen. Dabei arbeiten alle an der Schule Beteiligten zusammen und nutzen auch die Anregungen und Kooperationsangebote externer Partner.

Zusammen mit dem Rahmenlehrplan ist das schulinterne Curriculum ein prozessorientiertes Steuerungsinstrument im Rahmen von Qualitätsentwicklung und Qualitätssicherung. Wenn in einem schulinternen Curriculum überprüfbare und transparente Ziele formuliert werden, entsteht die Grundlage für eine effektive Selbstevaluation des Lernens und des Unterrichts.

1.2 Lernen und Unterricht

Lernkultur

Lernen und Lehren in der Sekundarstufe I tragen den besonderen Entwicklungsabschnitten Rechnung, in denen sich die Kinder und Jugendlichen befinden. Die Schülerinnen und Schüler erhalten zunehmend die Möglichkeit, Verantwortung zu übernehmen und sich aktiv an der Gestaltung von Unterricht zu beteiligen. Beim Lernen konstruiert jede bzw. jeder Einzelne ein für sich selbst bedeutsames Abbild der Wirklichkeit auf der Grundlage ihres/seines individuellen Wissens und Könnens sowie ihrer/seiner Erfahrungen und Einstellungen. Diese Tatsache bedingt eine Lernkultur, in der sich die Schülerinnen und

Schüler ihrer eigenen Lernwege bewusst werden, diese weiterentwickeln sowie unterschiedliche Lösungen reflektieren und selbstständig Entscheidungen treffen. Fehler und Umwege werden dabei als bedeutsame Bestandteile von Erfahrungs- und Lernprozessen akzeptiert. So wird lebenslanges Lernen angebahnt und die Grundlage für motiviertes, durch Neugier und Interesse geprägtes Handeln geschaffen.

Neben der Auseinandersetzung mit dem Neuen sind Phasen der Anwendung, des Übens, des Systematisierens sowie des Vertiefens und Festigens für erfolgreiches Lernen von großer Bedeutung, denn nur in der praktischen Umsetzung wird der Kompetenzerwerb der Lernenden gefördert. Solche Lernphasen ermöglichen auch die gemeinsame Suche nach Anwendungen für neu erworbenes Wissen und verlangen eine variantenreiche Gestaltung im Hinblick auf Übungssituationen, in denen vielfältige Methoden und Medien zum Einsatz gelangen.

Lernphasen

Besondere Aufmerksamkeit gilt der Wahrnehmung und Stärkung von Mädchen und Jungen in ihrer geschlechtsspezifischen Unterschiedlichkeit und Individualität. Sie erfahren, dass auch sozioökonomische Aspekte der Geschlechterkonstruktion zugrunde liegen und Rollenzuweisungen zur Folge haben, und werden darin unterstützt, sich bei aller Verschiedenheit als gleichberechtigt wahrzunehmen und in kooperativem Umgang miteinander und voneinander zu lernen. Dazu trägt auch eine Sexualerziehung bei, die relevante Fragestellungen fachübergreifend berücksichtigt.

Mädchen und Jungen

Inhalte und Themenfelder werden durch fachübergreifendes Lernen in größerem Kontext erfasst, dabei werden Bezüge zu Außerfachlichem hergestellt und gesellschaftlich relevante Aufgaben in ihrer Ganzheit verdeutlicht. Die Vorbereitung und Durchführung von fächerverbindenden Unterrichtsvorhaben und Projekten fördern die Kooperation der Unterrichtenden und ermöglichen allen Beteiligten eine multiperspektivische Wahrnehmung. Den Rahmenlehrplänen liegt ein Konzept zugrunde, das erfordert, in jeder Jahrgangsstufe mindestens einmal pro Halbjahr ein fächerverbindendes Vorhaben zu realisieren. In diesem Zusammenhang sind übergreifende Themenkomplexe wie Demokratie - einschließlich Integration und Migration - Gesundheit, Medien, Mobilität und Nachhaltigkeit sowie Wirtschaft besonders zu berücksichtigen.

Fachübergreifendes und fächerverbindendes Lernen/ übergreifende Themenkomplexe

Zum besonderen Bildungsauftrag der brandenburgischen Schule gehören die Vermittlung von Kenntnissen über den historischen Hintergrund und die Identität der Sorben (Wenden) sowie das Verstehen der sorbischen (wendischen) Kultur. Für den Unterricht bedeutet dies, Inhalte aufzunehmen, die die sorbische (wendische) Identität, Kultur und Geschichte berücksichtigen. Dabei geht es sowohl um das Verständnis für Gemeinsamkeiten in der Herkunft und die Verschiedenheit der Traditionen als auch um das Zusammenleben.

Sorben (Wenden)

Die vorliegenden Rahmenlehrpläne bieten die Grundlage für die Bildung von Lernbereichen. Dem Schulgesetz des Landes Brandenburg und der Sekundarstufe-I-Verordnung gemäß können mehrere Unterrichtsfächer, die in einem engen inhaltlichen Zusammenhang stehen, zu einem Lernbereich zusammengefasst werden. Das ermöglicht die Bildung der Lernbereiche Naturwissenschaften und Gesellschaftswissenschaften, die fächerverbindend von einer Lehrkraft oder abgestimmt von mehreren beteiligten Lehrkräften unterrichtet werden können. Im schulinternen Curriculum werden die Zielsetzungen des Lernbereichs, die inhaltlichen Schwerpunkte und der Anteil des jeweiligen Fachs festgelegt, wobei auf eine angemessene Berücksichtigung zu achten ist.

Lernbereiche

Die zunehmende internationale Kooperation und der globale Wettbewerb verändern die Erwartungen an die Schülerinnen und Schüler. Fremdsprachenkenntnisse werden in nahezu allen Arbeitsbereichen von qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern erwartet. In international agierenden Unternehmen und Organisationen gehört dazu die Fähigkeit, Vorträge, Texte und Materialien zu einer Vielfalt von Themen in einer Fremdsprache zu verstehen, selbst zu präsentieren und darüber frei zu kommunizieren. Darüber hinaus ist im Kontext internationalen Zusammenwirkens die Bereitschaft zum interkulturell sensiblen Umgang miteinander von großer Bedeutung.

Interkulturelles Lernen und Handeln

Unterricht in der Fremdsprache kann den Lernenden ermöglichen, sich auf die neuen Herausforderungen in einer globalisierten Welt vorzubereiten. Vertiefend können sie dies an Schulen tun, in denen neben dem Fremdsprachenunterricht mindestens ein weiteres Fach in einer Fremdsprache unterrichtet wird.

Der Fachunterricht in der Fremdsprache bietet in besonderer Weise die Möglichkeit zum fachübergreifenden und fächerverbindenden Lernen. Er bezieht verstärkt Themenbeispiele, Sichtweisen und methodisch-didaktische Ansätze aus den jeweiligen Bezugskulturen ein. Auf diese Weise fördert er die multiperspektivische Auseinandersetzung mit fachspezifischen Zusammenhängen und damit die Reflexion und Neubewertung der eigenen Lebenswirklichkeit und der eigenen Wertvorstellungen.

Projektarbeit

Im Rahmen von Projekten, an deren Planung und Organisation sich die Schülerinnen und Schüler ihrem Alter entsprechend aktiv beteiligen, werden über Fachgrenzen hinaus Lernprozesse vollzogen und Lernprodukte erstellt. Dabei setzen die Lernenden überfachliche Fähigkeiten und Fertigkeiten, wie z. B. Methoden des Dokumentierens und Präsentierens ein. Eine wichtige Voraussetzung dafür ist, dass die Schülerinnen und Schüler zielgruppenorientiert, sachgerecht, kreativ und produktiv Medien einsetzen können.

Außerschulische Erfahrungen

Die Öffnung der Schule ins kommunale Umfeld bietet den Schülerinnen und Schülern vielfältige Lerngelegenheiten, ermöglicht ihnen Einsichten in wirtschaftliche Zusammenhänge und erste Erfahrungen in der Arbeits- und Berufswelt. Auch die Teilnahme an Projekten und Wettbewerben, an Auslandsaufenthalten und internationalen Begegnungen erweitert den Erfahrungshorizont der Schülerinnen und Schüler. Sie trägt darüber hinaus mit zu ihrer interkulturellen Handlungsfähigkeit bei.

1.3 Kompetenzentwicklung und Bildungsgänge

Niveaustufen der allgemeinen Bildung

In den Rahmenlehrplänen formulierte Standards legen fest, welche Kompetenzen die Schülerinnen und Schüler bis zu einem bestimmten Zeitpunkt erwerben müssen. Sie sind nach den im Brandenburgischen Schulgesetz ausgewiesenen Bildungsgängen für die grundlegende, die erweiterte und die vertiefte allgemeine Bildung differenziert.

Die unterschiedliche Unterrichtsorganisation und inhaltliche Ausgestaltung der Bildungsgänge erfordern eine weitergehende Differenzierung in den Niveaustufen der allgemeinen Bildung. So vermitteln die EBR-Klasse und der A-Kurs an Oberschulen eine *grundlegende*, der G-Kurs an Gesamtschulen sowie der Unterricht in Fächern ohne äußere Fachleistungsdifferenzierung an Oberschulen eine *grundlegende bis erweiterte*, die FOR-Klasse und der B-Kurs an Oberschulen eine *erweiterte*, der Unterricht in Fächern ohne äußere Fachleistungsdifferenzierung an Gesamtschulen eine *grundlegende bis vertiefte*, der E-Kurs an Gesamtschulen eine *erweiterte bis vertiefte allgemeine Bildung*, während eine *vertiefte allgemeine Bildung* in der Klasse am Gymnasium, einschließlich der Leistungs- und Begabungsklasse sowie in der Klasse gemäß § 20 Abs.1 des Brandenburgischen Schulgesetzes an Gesamtschulen vermittelt wird.

In den Rahmenlehrplänen ausgewiesene Standards für die vertiefte allgemeine Bildung beziehen sich auf den sechsjährigen Bildungsgang. Sie berücksichtigen die Doppelfunktion der Jahrgangsstufe 10 an Gymnasien, die dort den Abschluss der Sekundarstufe I bildet und zugleich als Einführungsphase in die gymnasiale Oberstufe gilt. Deshalb sind diese Standards auch anschlussfähig an die in den Rahmenlehrplänen für die gymnasiale Oberstufe formulierten Eingangsvoraussetzungen für die Qualifikationsphase.

Die oben beschriebene unterschiedliche zeitliche Organisation des Bildungsgangs zum Erwerb der allgemeinen Hochschulreife an Gymnasien und Gesamtschulen sowie der frühere Übergang der Schülerinnen und Schüler in Leistungs- und Begabungsklassen der Gymnasien erfordern daher im Bereich der vertieften allgemeinen Bildung eine weitergehende Differenzierung der Standards in den schulinternen Curricula.

Für die Gesamtschulen und Oberschulen mit integrativer Klassenbildung ergeben sich durch den Unterricht in Fachleistungskursen besondere Bedingungen. Bei der schulinternen Konzeption der Fachleistungskurse ist darauf zu achten, dass den oben genannten Grundsätzen entsprochen wird.

2 Der Beitrag des Fachs Politische Bildung zum Kompetenzerwerb

2.1 Fachprofil

Durch das Unterrichtsfach Politische Bildung fördert die Schule bei jungen Menschen die Fähigkeit, sich in der modernen Gesellschaft und Wirtschaft angemessen zu orientieren, auf einer demokratischen Grundlage politische Fragen und Probleme kompetent zu beurteilen und sich sogar in öffentlichen Angelegenheiten zu engagieren. Es leistet damit einen wichtigen Beitrag zur stets neu zu schaffenden Demokratiefähigkeit junger Menschen. Zusammenfassend lässt sich diese Zielperspektive politischer Bildung als Entwicklung politischer Mündigkeit bezeichnen.

Politische Mündigkeit ist aus der Sicht des Einzelnen eine Bedingung für erfolgreiche Partizipation, sie ist aber auch aus gesamtgesellschaftlicher Sicht für die Erhaltung und Weiterentwicklung einer demokratischen politischen Kultur grundlegend.

Bei der Entwicklung politischer Mündigkeit stützt sich das Fach auf einen umfassenden Politikbegriff, der sich auf die Regelung von grundlegenden Fragen und Problemen des gesamtgesellschaftlichen Zusammenlebens bezieht. Hierzu gehören:

- *Politik im engeren Sinne.*

Politik wird als ein kollektiver, konflikthafter und demokratischer Prozess zur Herstellung verbindlicher Entscheidungen verstanden. Die Analyse dieses Prozesses bezieht sich in der politischen Bildung auf politikwissenschaftliche Modelle, die Politik als zyklischen Prozess der Problembewältigung (Politikzyklus) sowie in Anlehnung an den englischen Sprachgebrauch als mehrdimensionales Geschehen unter inhaltsbezogenen Aspekten (policy), institutionellen Aspekten (polity) und prozessualen Aspekten (politics) der Machtverhältnisse und Durchsetzungschancen der Akteure betrachten. Politik im engeren Sinne bezieht sich damit immer auch auf das politische System. Es gehört zu den wesentlichen Aufgaben des Unterrichtsfachs, ein angemessenes Verständnis der Funktionsbedingungen und der Funktionslogik demokratischer politischer Systeme zu vermitteln. Ferner vermittelt das Unterrichtsfach ein Grundverständnis der historischen Bedingungen und internationalen Verflechtungen heutiger Politik und betrachtet politische Entscheidungen mit Blick auf ihre Bedeutung für das Leben verschiedener Gruppen und Individuen, nicht zuletzt für das Leben der Schülerinnen und Schüler.

- *Wirtschaftliche Fragen und Probleme.*

Ökonomische Prozesse und ihre Ergebnisse sowie wirtschaftliche Strukturen verändern einerseits die Rahmenbedingungen gesellschaftlicher Entwicklung und bilden Voraussetzungen für politische Handlungsspielräume und Gestaltungsmöglichkeiten. Andererseits greift die Politik auf mannigfache Weise in die Wirtschaft ein. Politik und Wirtschaft stehen in so enger Interdependenz, dass weder Politik ohne Ökonomie noch Ökonomie ohne Politik verstanden werden können. Die Wirtschaft ist auch von besonderer Bedeutung für das Individuum, das ihren Herausforderungen in unterschiedlichen Rollen begegnet: als von den wirtschaftlichen Strukturen und ihrer Entwicklung Betroffener, der die Bedeutung der Wirtschaft für seine individuelle Lebensgestaltung erkennt; als Verbraucher, der die Angebote der Wirtschaft beurteilen kann und wirtschaftliche Entscheidungen reflektiert trifft; als Teilnehmer am Wirtschafts- und Arbeitsleben, der in der Lage ist, Teilhabechancen und Möglichkeiten der Interessenwahrnehmung zu nutzen.

- *Fragen und Probleme des sozialen Zusammenlebens in der Gesellschaft.*

Gesellschaft ist sowohl Voraussetzung als auch Objekt von Politik. Wesentliche Problemfelder für die politische Bildung sind das Spannungsfeld zwischen individueller Lebensgestaltung und gesellschaftlichen Erwartungen; Sozialstruktur, sozialer Wandel und Möglichkeiten sowie Grenzen politischer Gestaltung gesellschaftlicher Entwicklungen; Pluralismus, interkulturelle Differenz und die Frage nach Grenzen der Toleranz gegenüber freiheits- und demokratiefeindlichen kulturellen sowie politischen Gruppen und Milieus.

- *Rechtliche Fragen und Probleme.*

Recht und Politik bedingen einander wechselseitig. Recht entsteht als Ergebnis politischer Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse, und Recht ist, jedenfalls in Rechtsstaaten, die strukturelle Voraussetzung für weiteres politisches Handeln. Das Recht hat für die Politik den Doppelcharakter des Vorgegebenen einerseits und des zur Entscheidung Aufgegebenen andererseits. Für die Individuen ist das Alltagshandeln von rechtlichen Regelungen unterschiedlichster Art bestimmt; politische Bildung befasst sich hierbei insbesondere mit dem Spannungsverhältnis, dass Recht einerseits individuelle Freiheit einschränkt, andererseits eine Schutz- und Ordnungsfunktion ausübt und in Demokratien die Freiheit aller sichern soll. Das Unterrichtsfach behandelt diese Fragen- und Problem-bereiche nicht als voneinander getrennte Themenfelder, sondern untersucht sie an für die jeweilige Lerngruppe geeigneten Themen in ihren wechselseitigen Zusammenhängen. Hinzu kommt im konkreten Unterricht die Berücksichtigung von drei Ebenen, die sich durch den Grad ihrer Allgemeinheit unterscheiden:

- die Ebene der aktuellen politischen Ereignisse, Probleme und Konflikte;
- die Ebene mittel- und langfristiger Problemlagen, in die die tagesaktuelle Politik häufig eingebettet ist. Die Berücksichtigung langfristiger Problemlagen geht über nationalstaatliche Grenzen hinaus und öffnet den Blick für weltpolitische sowie globale Zusammenhänge und Abhängigkeiten;
- die Ebene grundlegender Vorstellungen vom Zusammenleben der Menschen in der Gesellschaft und in der Welt. Diese dritte Ebene betrifft u. a. Menschenbilder, sozialwissenschaftliche Theorien sowie grundlegende Alternativen der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ordnung.

Zu den Qualitätsmerkmalen politischer Bildung gehört, dass der Unterricht Kompetenzzuwächse vermittelt, ohne dabei das Recht der Schülerinnen und Schüler auf individuelle politische Meinungs- und Urteilsbildung einzuschränken. Demokratische politische Bildung steht im Gegensatz zu jeder Indoktrination. Die Prinzipien des „Beutelsbacher Konsens“ von 1976 gelten bis heute im Fach als generell akzeptiert, insbesondere das Verbot, die Schülerinnen und Schüler im Sinne erwünschter Meinungen zu überwältigen, und das Gebot, Kontroversen aus Wissenschaft und Politik im Unterricht auch kontrovers zu behandeln.

Die Entwicklung politischer Mündigkeit ist allerdings nicht allein die Aufgabe und das Erlebnis eines spezifischen schulischen Unterrichtsfachs. Auch die anderen Unterrichtsfächer sind im Rahmen ihrer fachlichen Möglichkeiten aufgefordert, ein Verständnis für politische, gesellschaftliche, ökonomische und rechtliche Zusammenhänge zu wecken. Ferner wird von der Schule als öffentliche Institution erwartet, dass sie auf das Leben in einer modernen Demokratie vorbereitet. Dazu ist es notwendig, dass die Schule einerseits in ihrer institutionellen Struktur jungen Menschen Kommunikations-, Kooperations- und Partizipationsmöglichkeiten anbietet, andererseits die Jugendlichen zu außerschulischem gesellschaftlichem Engagement anregt und dieses durch eine verstärkte Zusammenarbeit mit außerschulischen Bildungseinrichtungen sowie mit anderen Institutionen und Organisationen fördert.

Die Aufgabe des Unterrichtsfachs Politische Bildung ist es auch, die Beiträge der anderen Unterrichtsfächer und der Schule zur politischen Bildung zusammenzuführen, anzuregen, zu systematisieren und fachlich weiterzuführen. Fachübergreifende Kooperation ist deshalb für die politische Bildung von erheblicher Bedeutung. Das Unterrichtsfach bringt in den Gesamt-

zusammenhang die fachlichen Perspektiven der Sozialwissenschaften ein. Politische Fragen und Probleme, die in anderen Fächern nur ein Nebenaspekt sein können, stehen im Unterrichtsfach Politische Bildung thematisch im Zentrum.

2.2 Fachbezogene Kompetenzen

Der Politikunterricht bezieht sich immer auf bereits vorhandene Einstellungen und Deutungen sowie auf vorhandenes Wissen bei den Schülerinnen und Schülern. Die Kompetenzentwicklung im Politikunterricht knüpft an bereits vorhandene Fähigkeiten an, zielt aber auf deren Erweiterung und qualitative Verbesserung. Diese Kompetenzentwicklung findet in folgenden Bereichen statt:

- *politische Urteilsfähigkeit,*
- *politische Handlungsfähigkeit,*
- *methodische Fähigkeiten.*

Die Kompetenzbereiche politische Urteilsfähigkeit, politische Handlungsfähigkeit und methodische Fähigkeiten stehen nicht unvermittelt nebeneinander, sondern müssen in ihren wechselseitigen Zusammenhängen gesehen werden.

Ein Beispiel: In einem Gespräch über Politik ist es wichtig, für die eigenen Positionen werben zu können, in der Lage zu sein, gezielt Informationen einzuholen oder sich in der Konfrontation mit anderen Sichtweisen ein eigenes Urteil bilden zu können – oder auch alles gleichzeitig.

Ferner müssen die Kompetenzen in ihrem Zusammenhang mit Wissen über Politik im weiteren Sinne gesehen werden. Wissensvermittlung ist in der politischen Bildung kein Selbstzweck, sondern auf die Entwicklung von Kompetenzen in den Kompetenzbereichen bezogen. Umgekehrt erfordert die Verbesserung von Kompetenzen in der Regel auch eine Erweiterung und Verbesserung des bei Schülerinnen und Schülern bereits vorhandenen Wissens. Neues Wissen muss deshalb in eine Beziehung zu den Vorverständnissen gesetzt werden, die die Schülerinnen und Schüler von den Gegenständen des Fachs bereits mitbringen, und geeignet sein, diese Vorverständnisse qualitativ zu verbessern.

Dieses Wissen wird hier als konzeptuelles Deutungswissen bezeichnet. Es handelt sich um Wissen, das sich auf grundlegende Konzepte für das Verstehen von Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Recht bezieht.

Politische Bildung will somit in erster Linie den Wissensstand verbessern, von dem aus die Schülerinnen und Schüler ihre Vorstellungen und Wahrnehmungen von Politik im weiteren Sinne strukturieren. Entsprechend stehen im Zentrum des Wissens nicht in erster Linie Kenntnisse über Einzelaspekte des politischen, wirtschaftlichen und sozialen Lebens. Zentral für die politische Bildung ist vielmehr solches Deutungswissen, das den Schülerinnen und Schülern den Sinngehalt und die innere Logik von Institutionen, Ordnungsmodellen und Denkweisen der Sozialwissenschaften – einschließlich der wesentlichen damit verbundenen Kontroversen – erschließt.

Beispielsweise ist es weniger wichtig, die Zahl der Mitglieder des Bundestags und die Stärke der Fraktionen zu kennen, als zu verstehen, was der Sinn eines Parlaments in einer repräsentativen Demokratie ist, aus welchen Gründen es Parteien und Fraktionen überhaupt gibt, aber auch, welche Einwände gegen ein ausschließlich repräsentatives Demokratiemodell vorgebracht werden; ebenso ist es weniger wichtig, Einzelheiten des Kartellrechts zu kennen, als zu verstehen, welche Gründe es für das prinzipielle Verbot von Kartellen aus ordnungspolitischer Sicht gibt.

Politische Urteilsfähigkeit

Urteile sind Aussagen über Menschen oder Sachverhalte. Idealtypisch lassen sich zwei grundlegende Urteilstypen unterscheiden: konstatierende bzw. analysierende Urteile (Sachurteile) sowie qualifizierende bzw. normative Urteile (Werturteile). Mit Sachurteilen werden Feststellungen getroffen sowie Schlussfolgerungen bzw. Interpretationen über Ereignisse, Fragen, Probleme oder Konflikte aus der politischen Öffentlichkeit, aus Wirtschaft und Gesellschaft vorgenommen. Mit Werturteilen werden Ereignisse, Fragen, Probleme oder Konflikte individuell nach ethisch-moralischen Gesichtspunkten beurteilt. Ist der Gegenstand dieses Urteils eine Entscheidungssituation, dann sind normative Urteile häufig präskriptiv. Das Urteil beinhaltet dann die Aufforderung, dass etwas getan oder unterlassen werden soll.

In konkreten politischen Urteilen sind Sach- und Wertaspekte häufig miteinander verknüpft. Unterschiedliche Interpretationen der Wirklichkeit, divergierender Wertauffassungen und verschiedener Entscheidungsoptionen bewirken eine Vielfalt politischer Urteile.

Kompetenzentwicklung im Bereich von politischen Urteilen ist in besonderer Weise mit der Schwierigkeit konfrontiert, Kompetenzzuwächse in einer Weise zu beschreiben, die das Grundrecht der Schülerinnen und Schüler auf Meinungsfreiheit nicht einschränkt.

Kompetenzentwicklung im Bereich von Sachurteilen zielt auf die zunehmende Fähigkeit, sich einen Sachverhalt zu vergegenwärtigen, d. h., Wesentliches von Unwesentlichem zu unterscheiden und den Sachverhalt strukturiert wiedergeben zu können sowie das Urteil auf eine politische Analyse zu gründen. Darüber hinaus zielt die Kompetenzentwicklung darauf, die Argumentation bei der Begründung des Urteils zu differenzieren und auf sozialwissenschaftliche Deutungsmuster und Theorien zu beziehen.

Im Bereich der Werturteile gilt es, die Maßstäbe so zu verallgemeinern, dass sie dem Anspruch nach für alle Menschen gelten können und nicht nur den Interessen einzelner Gruppen entsprechen. Eine solche universalistische Perspektive entspricht auch den Wertgrundlagen moderner freiheitlicher Verfassungsstaaten, die von der Vorstellung unveräußerlicher Rechte, die allen Menschen zustehen, ausgehen.

Die Schülerinnen und Schüler bringen zu den Lerngegenständen der politischen Bildung in aller Regel schon politische Urteile mit, die häufig noch wenig differenziert sind. Im Unterricht geht es darum, solche Urteile durch die Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Perspektiven (z. B. von verschiedenen Akteuren und von Politik Betroffenen), durch die Konfrontation mit anderen Sichtweisen aus der Öffentlichkeit sowie mit Ergebnissen und Perspektiven der Sozialwissenschaften zu erweitern, zu differenzieren und einen Komplexitätszuwachs in der Begründung des politischen Urteils zu ermöglichen. Hierbei fördert die politische Bildung vor allem folgende Fähigkeiten:

- die Bedeutung politischer Entscheidungen für das eigene Leben erkennen;
- komplexe politische Sachverhalte strukturiert wiedergeben und dabei zentrale Aspekte identifizieren;
- politische Phänomene unter verschiedenen Dimensionen betrachten, insbesondere unter dem Aspekt der jeweiligen inhaltlichen Ziele und Gegenstände (policy: Inhalt), dem Aspekt der institutionellen und rechtlichen Rahmenbedingungen (polity: Form) sowie unter dem Aspekt der Machtverhältnisse und Durchsetzungschancen für unterschiedliche Positionen (politics: Prozess);
- Folgen und Nebenfolgen politischer Entscheidungen reflektieren, also nach möglichen, insbesondere auch nach unbeabsichtigten Wirkungszusammenhängen fragen;
- politische Entscheidungen und Entscheidungsalternativen in ihren Verflechtungen mit sozialen Systemen außerhalb des politischen Systems im engeren Sinn sehen, insbesondere mit dem wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umfeld auf nationaler, europäischer und globaler Ebene;

- aktuelle politische Kontroversen auf mögliche Zusammenhänge mit Problemlagen hin analysieren, die aller Voraussicht nach über die Tagesaktualität hinaus von einer mittel- und längerfristigen Bedeutung für politische, ökonomische und gesellschaftliche Entwicklungen sind;
- die Beurteilung konkreter Gegenstände aus Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Recht im Zusammenhang mit grundlegenden Menschen- und Politikbildern, mit Theorien und Modellen des menschlichen Zusammenlebens sehen und die eigenen Vorstellungen hierzu in der Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Positionen aus Geschichte und Gegenwart des politischen Denkens entwickeln;
- politische Sachverhalte, Probleme und Entscheidungen in Beziehung setzen zu den Grundwerten demokratischer Systeme und kritisch reflektieren;
- die Logiken und Mechanismen medialer Politikinszenierung entschlüsseln.

Politische Handlungsfähigkeit

In der politischen Bildung werden praktische Fähigkeiten entwickelt und trainiert, die für die Teilnahme an der politischen Öffentlichkeit sowie für eine aktive selbstbewusste Teilnahme am Wirtschaftsleben und für ein sicheres Auftreten in unterschiedlichen sozialen Zusammenhängen erforderlich sind. Hierbei werden im Fach insbesondere folgende Fähigkeiten gefördert:

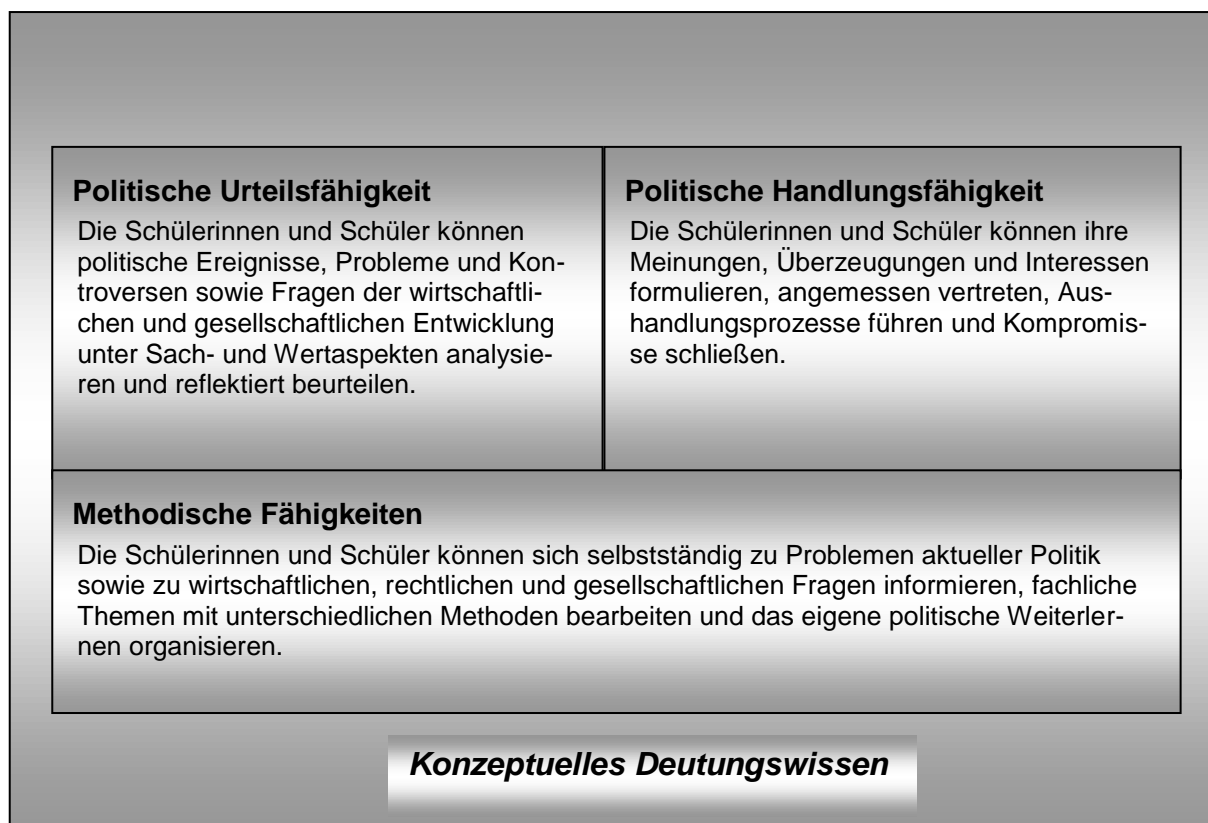
- eigene politische Meinungen und Urteile – auch aus einer Minderheitenposition heraus – sachlich und überzeugend vertreten;
- in politischen Kontroversen konfliktfähig sein, aber auch Kompromisse schließen können;
- Beiträge zu politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Fragen für Medien realisieren, vom Leserbrief über die Website bis zu komplexeren Medienprodukten;
- sich als Konsument (und ggf. als Produzent) im Hinblick auf eigene ökonomische Entscheidungen reflektiert verhalten;
- sich im Sinne von Perspektivenwechseln in die Situation, Interessen und Denkweisen anderer Menschen versetzen;
- mit kulturellen, sozialen und geschlechtsspezifischen Differenzen reflektiert umgehen, was Toleranz und Offenheit, aber zugleich kritische Auseinandersetzung einschließt;
- Möglichkeiten der Interessenwahrnehmung in unterschiedlichen sozialen Zusammenhängen kennen und persönliche Interessen vor allem in schulischen Zusammenhängen wahrnehmen;
- sich in unterschiedlichen sozialen Situationen und in der Öffentlichkeit angemessen und wirkungsvoll verhalten;
- eigene berufliche Perspektiven auch vor dem Hintergrund gesamtwirtschaftlicher, politischer und gesellschaftlicher Entwicklungen planen.

Methodische Fähigkeiten

Ein großer Teil der methodischen Fähigkeiten und Fertigkeiten, die in der politischen Bildung sowohl benötigt als auch trainiert werden, ist nicht ausschließlich fachbezogen, sondern auch für andere Fächer von Bedeutung. Hierzu gehören etwa Lesekompetenz, Zeitplanung und Selbstorganisation, die Fähigkeit, unterschiedliche Sozialformen (wie Gruppen- und Partnerarbeit) und Arbeitstechniken (z. B. Schaubilder und Karikaturen interpretieren, Präsentationstechniken, (Netz-) Recherche) zu nutzen, sowie die Fähigkeit zur Planung und Realisierung komplexer, projektartiger Arbeitsvorhaben in Gruppen oder die generelle Fähigkeit zur gezielten Nutzung von Medien. Fachspezifische methodische Fähigkeiten werden

vor allem durch die fachbezogene Interpretation von Texten und anderen Medienprodukten aus der politischen Publizistik sowie durch gezielte, kriteriengeleitete Beobachtungen, Interviews und kleine Erhebungen mit Fragebogen entwickelt.

Modellhaft zusammengeführt ergibt sich folgende Darstellung:



3 Standards

Der vorliegende Rahmenlehrplan weist Standards für das Ende der Jahrgangsstufe 10 aus. Die Standards verdeutlichen, welche Kompetenzen die Schülerinnen und Schüler erwerben müssen. Im anschließenden Kapitel „Themen und Inhalte“ wird dargestellt, in welcher Weise Kompetenzen im Zusammenhang mit den Themen und Inhalten sowie bildungsgangbezogen entwickelt werden.

Politische Urteilsfähigkeit

1. Die Schülerinnen und Schüler verfügen über ein reflektiertes Grundverständnis des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland, ihrer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung sowie ihrer Verflechtungen. Sie besitzen dabei ein fachlich angemessenes Deutungswissen insbesondere über die folgenden Kernkonzepte:
 - Menschenrechte, Grundrechtsbindung und politische Freiheit als Kernkonzepte demokratischer Verfassungsstaaten;
 - Rechtsstaatlichkeit und Gewaltenteilung;
 - Demokratie als Volksherrschaft: repräsentative und plebiszitäre Demokratie, Parteiendemokratie;
 - Sozialstaatsprinzip des Grundgesetzes;
 - Pluralismus;
 - Grundprinzipien der Marktwirtschaft.
2. Die Schülerinnen und Schüler besitzen ein reflektiertes Grundverständnis von den internationalen Verflechtungen moderner Gesellschaften. Sie erläutern an einem Beispiel
 - praktische Konsequenzen und Probleme des politischen Prozesses der Europäischen Union;
 - Auswirkungen der Globalisierung auf Politik, Wirtschaft und Gesellschaft;
 - Grundprobleme gegenwärtiger Friedens- und Sicherheitspolitik und kontroverse Positionen hierzu.
3. Die Schülerinnen und Schüler können Sachverhalte (Situationen, Ereignisse, Probleme) aus Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Recht analysieren. Sie können
 - Informationen zu den Sachverhalten, die Gegenstand des Lernens sind, strukturiert wiedergeben;
 - ausgesuchte Aspekte in Informationen darlegen;
 - politische Implikationen in gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Problemlagen erschließen;
 - überschaubare politische, gesellschaftliche, wirtschaftliche und rechtliche Sachverhalte erklären, d. h. in übergreifende Zusammenhänge einordnen;
 - in politischen Aussagen Sach- und Werturteile voneinander unterscheiden;
 - kontroverse Positionen zu einem aktuellen Fall aus Politik, Gesellschaft, Wirtschaft und Recht nach impliziten Werthaltungen, verfolgten Interessen der Beteiligten und möglichen Auswirkungen ermitteln;
 - in einem politischen Entscheidungsfall verschiedene Politikdimensionen (Inhalt, Form, Prozess) unterscheiden sowie erläutern und

- sich bei der Auseinandersetzung mit aktuellen politischen Themen und Kontroversen Bezüge zu mittel- und längerfristigen Problemen erschließen.
4. Die Schülerinnen und Schüler können reflektierte politische Urteile treffen. Sie können
- politische Sachverhalte (Ereignisse, Probleme) aus den Perspektiven und den Erwartungen Betroffener wie auch von Politikern erschließen und bewerten;
 - Vorschläge zur politischen Bewältigung von gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und rechtlichen Problemen entwickeln und begründen;
 - Konsequenzen und Nebenfolgen politischer Handlungsalternativen erörtern;
 - gefällte politische Entscheidungen im Hinblick auf berücksichtigte bzw. vernachlässigte Interessen problematisieren.

Politische Handlungsfähigkeit

Die Schülerinnen und Schüler können

- eigene politische Urteile zu bilden und sie in der Konfrontation mit anderen Positionen sachlich zu begründen und argumentativ vertreten;
- in politischen Kontroversen und sozialen Situationen Perspektivenwechsel vollziehen, Empathie entwickeln und eine andere als die eigene Meinung probeweise (z. B. in einer spielerischen Lernsituation) vertreten;
- mit politischen, kulturellen Differenzen und Diversität in der Gesellschaft reflektiert umgehen, d. h., in Konfliktsituationen nach Verständigung suchen und hiernach handeln;
- auf die eine oder andere Weise in der Lage sein, eine eigene politische Position in angemessener Form öffentlich zu vertreten (z. B. Debatte und Diskussion in der Klasse, Leserbrief, inhaltliche und formale Gestaltung eines Flugblatts, eines Plakats oder einer Website);
- als politisch handelndes Subjekt, z. B. als Wirtschaftssubjekt, reflektierte Entscheidungen treffen, z. B. Konsumententscheidungen nach ökonomisch rationalen Kriterien treffen, aber an geeigneten Beispielen auch in ihrem Zusammenhang mit kulturellen, politischen und ökologischen Fragen und Problemen sehen;
- bei Überlegungen zur eigenen Berufswahl längerfristige ökonomische Entwicklungstrends einbeziehen.

Methodische Fähigkeiten

Die Schülerinnen und Schüler können

- verschiedene Medien (insbesondere Zeitungen, Sachbücher, Lexika, Fernsehen, Internet) selbstständig und gezielt für die eigene politische Information nutzen und dabei Informationsangebote reflektiert auswählen und kritisch bewerten;
- an einem für die Lerngruppe geeigneten Beispiel die Bedeutung von Medienkommunikation für die politische Öffentlichkeit (z. B. mediale Inszenierung von Politik, Agenda-Setting, Meinungsbildung, Skandalisierung) rekonstruieren; in Gruppen produktiv mitarbeiten, Gruppenprozesse wahrnehmen und ergebnisorientiert mitgestalten;
- Ergebnisse von Lernvorhaben – ggf. als Mitglied einer Gruppe – mithilfe von Medienprodukten öffentlich präsentieren (z. B. Ausstellung, schriftliche Dokumentation,

Standards

Video, Website, Statistik, Grafik, Schaubild, Plakat, Fachvortrag, Facharbeit); ein Interview (z. B. eine Expertenbefragung) planen, führen und auswerten;

- Arbeitsvorhaben in der Lerngruppe unter dem Aspekt des methodischen Vorgehens kritisch reflektieren.

4 Themen und Inhalte

Die Themenfelder des Rahmenlehrplans sind verbindlich – sie haben eine exemplarische Funktion für das Verständnis des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland und schließen Bezüge zur deutschen Zeitgeschichte ein.

Für die Planung des Unterrichts ist zu beachten, dass die Themenfelder den Doppeljahrgangsstufen fest zugeordnet sind und ein Wechsel der Themenfelder zwischen den Doppeljahrgangsstufen nicht möglich ist. Das bedeutet, dass auf der Grundlage des schulinternen Fachplans inhaltliche Schwerpunktsetzungen, der Umfang wie auch die Abfolge der Themenfelder im zeitlichen Rahmen der betreffenden Doppeljahrgangsstufen variabel geplant werden können. Für die Themenfelder 4.1 bis 4.6 werden jeweils Wahlpflichtinhalte ausgewiesen. Diese Wahlpflichtinhalte sind nicht additiv, sondern zeigen mögliche Ansätze für die zeitgeschichtliche Erschließung der Inhalte in den Themenfeldern auf. In jeweils zwei Themenfeldern der Doppeljahrgangsstufen 7/8 und 9/10 sind solche zeitgeschichtlichen Bezüge herzustellen. Dafür ist in diesen ausgewählten Themenfeldern jeweils einer der genannten Wahlpflichtinhalte auszuwählen, der Aspekte der DDR-Geschichte einbezieht.

Die Themenfelder des Rahmenlehrplans bieten Möglichkeiten für das fachübergreifende und fächerverbindende Arbeiten, so sind Inhalte des Fachs Politische Bildung auch in Deutsch oder Geschichte fachspezifische Gegenstände des Unterrichts (z. B. in den Themenfeldern „Medien“ oder „Demokratie“). Um komplementäre Zugriffe zu ermöglichen, sind daher Abstimmungen mit anderen Fächern erforderlich – denkbar ist beispielsweise, dass bestimmte Aspekte einzelner Inhalte des Fachs Politische Bildung im Rahmen des Unterrichts anderer Fächer (z. B. Lebensgestaltung-Ethik-Religionskunde oder Geografie) erarbeitet werden. Ähnliches gilt für die Abstimmung fachübergreifender Methoden.

Die Projektarbeit ist auch im Unterricht des Fachs Politische Bildung ein wichtiges Format der Schul- und Unterrichtsentwicklung. Die Schülerinnen und Schüler können Abstraktes konkretisieren, auf die eigene Lebenswelt beziehen und zugleich erfahrungsbezogen lernen. Das gemeinsame Planen, Durchführen und Präsentieren von Projekten bieten Gelegenheiten zur Demokratieerziehung als ein Beitrag der historisch-politischen Bildung.

Während der beiden Doppeljahrgangsstufen werden im Unterricht der gesellschaftswissenschaftlichen Fächer mindestens zwei außerschulische Lernorte besucht. Zeit, Ort und inhaltliche Ausrichtung dieser Besuche sind im gesellschaftswissenschaftlichen Lernbereich abzustimmen.

In den Themenfeldern ist die Kompetenzentwicklung mit den Inhalten des Rahmenlehrplans verknüpft. Unter der Überschrift „Kompetenzbezug“ werden vorrangig Kompetenzen im Bereich der politischen Urteilsfähigkeit aufgezeigt. Da methodische und handlungsbezogene Kompetenzen nicht zwingend an einzelne Themen und Inhalte gebunden sind, wird an jedes Themenfeld nur eine Methode oder ein handlungsbezogenes Vorgehen angehängt.¹ Für den Kompetenzerwerb in Verbindung mit den Inhalten werden drei Niveaustufen ausgewiesen, wobei das jeweils höhere Niveau das darunterliegende voraussetzt:

- grundlegende allgemeine Bildung
- + → → erweiterte allgemeine Bildung
- + → → + → → → vertiefte allgemeine Bildung.

¹ Die verwendeten Operatoren (Darstellen, Erläutern usw.) reflektieren Leistungen von Schülerinnen und Schülern in verschiedenen Anforderungsbereichen. Eine nähere Erläuterung der Operatoren ist zu finden in: Einheitliche Prüfungsanforderungen in der Abiturprüfung Sozialkunde/Politik. Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 01.12.1989 i. d. F. vom 17.11.2005.

4.1 Themenfeld Jugend und Politik – Doppeljahrgangsstufe 7/8

Kompetenzbezug:		
☞	☞ ☞	☞ ☞ ☞
Die Schülerinnen und Schüler		
<ul style="list-style-type: none"> - beschreiben und vergleichen nach vorgegebenen Kriterien die Lebensbedingungen verschiedener Sozialgruppen (z. B. von Kindern, Jugendlichen, Frauen, Männern, Migranten, alten Menschen, behinderten Menschen), 	<ul style="list-style-type: none"> - beschreiben und vergleichen anhand überwiegend selbst entwickelter Leitfragen die Lebensbedingungen verschiedener Sozialgruppen (z. B. von Kindern, Jugendlichen, Frauen, Männern, Migranten, alten Menschen, behinderten Menschen), 	<ul style="list-style-type: none"> - beschreiben, analysieren und vergleichen anhand selbst erarbeiteter Leitfragen die Lebensbedingungen von Sozialgruppen (z. B. von Kindern, Jugendlichen, Frauen, Männern, Migranten, alten Menschen, behinderten Menschen),
<ul style="list-style-type: none"> - beschreiben die Lebenssituation in ihrem sozialen Umfeld und erklären wesentliche Ursachen und Hintergründe, 		
<ul style="list-style-type: none"> - diskutieren ein für sie bedeutsames kontroverses Thema/Problem, erarbeiten und reflektieren eine Problemlösungsstrategie, die sie umsetzen, <i>oder</i> - übernehmen soziale Verantwortung, indem sie gemeinsam eine Aufgabe ihrer Wahl in ihrem sozialen Umfeld bewältigen. 		
Inhalte:		
<ul style="list-style-type: none"> - Lebenssituationen von Jugendlichen in der Klassengemeinschaft, der Schule, in der Familie, im sozialen Umfeld - Lebensformen und Lebenssituationen von unterschiedlichen Sozialgruppen und Kulturen, - Rechte und Pflichten von Kindern und Jugendlichen - politische Institutionen und ihre Zuständigkeiten für Kinder und Jugendliche - Mitwirkungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen, z. B. Schülervertretungen in Schulen und/oder Kinder- und Jugendparlamente in Kommunen 		
Wahlpflichtinhalte:		
<ul style="list-style-type: none"> - Jugend im geteilten Deutschland - Wandel von Lebenssituationen nach 1989 - Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen – heute und früher (z. B. Familie, Schule, Verein, soziales Umfeld) 		

4.2 Themenfeld Medien – Doppeljahrgangsstufe 7/8

Kompetenzbezug:		
→	→ →	→ → →
Die Schülerinnen und Schüler		
– erläutern und problematisieren die Rolle von Medien in der Demokratie,		
– analysieren und vergleichen die Arten von Medien in ihrer Bedeutung für die eigene politische Information und Kommunikation,		
– analysieren Medienverhalten und Mediennutzung von Jugendlichen,		– analysieren Medienverhalten und Mediennutzung von Jugendlichen und setzen sich mit den möglichen Auswirkungen der Medien auf Jugendliche auseinander,
– erstellen unter Anleitung einen eigenen Beitrag für ausgewählte Medien.	– erstellen selbstständig einen eigenen Beitrag für ausgewählte Medien.	– erstellen selbstständig einen eigenen Beitrag für ausgewählte Medien und werten Reaktionen auf ihren Beitrag kritisch aus.
Inhalte:		
<ul style="list-style-type: none"> – Rolle der Medien in der Demokratie – Arten von Medien (Printmedien und elektronische Medien) und ihre Bedeutung für die politische Information und Kommunikation – Medienverhalten und Mediennutzung – Erstellen eigener Medienprodukte 		
Wahlpflichtinhalte:		
<ul style="list-style-type: none"> - Wandel der Mediennutzung (z. B. Mediennutzung der Eltern- und Großelterngeneration) - Probleme der Medienkontrolle und Medienzensur (aktuelle Fallbeispiele, Rekurs: Medienzensur in der DDR) 		

4.3 Themenfeld Menschenrechte, Recht und Rechtsprechung – Doppeljahrgangsstufe 7/8

Kompetenzbezug:		
→	→ →	→ → →
Die Schülerinnen und Schüler		
– bewerten die Bedeutung der Menschenrechte für den Einzelnen,		
– benennen bedeutende rechtliche Festlegungen von Menschenrechten in Geschichte und Gegenwart – besonders die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen,		
– erörtern die Bedeutsamkeit der Grundrechte im Grundgesetz für das Zusammenleben in der Bundesrepublik Deutschland,		
– beschreiben das Spannungsverhältnis zwischen Recht und Gerechtigkeit,	– charakterisieren das Spannungsverhältnis zwischen Recht und Gerechtigkeit,	– setzen sich mit dem Spannungsverhältnis zwischen Recht und Gerechtigkeit auseinander,
– beschreiben die für den Einzelnen bedeutsamen Rechtsfelder,		
– bezeichnen wichtige Rechte und Pflichten von Kindern und Jugendlichen mit zunehmendem Alter und überprüfen an einem konkreten Problem deren Relevanz für die Gegenwart,	– bezeichnen wichtige Rechte und Pflichten von Kindern und Jugendlichen mit zunehmendem Alter und problematisieren an einem konkreten Problem deren Relevanz für die Gegenwart,	
– beschreiben den Sinn und Zweck von Strafe und erklären die Besonderheiten des Jugendstrafrechts an einem Beispiel,	– beschreiben den Sinn und Zweck von Strafe und beurteilen die Besonderheiten des Jugendstrafrechts an einem Beispiel,	
– gestalten eine Expertenbefragung.		
Inhalte:		
<ul style="list-style-type: none"> – Bedeutung der Menschenrechte für den Einzelnen – rechtliche Festlegung von Menschenrechten in Geschichte und Gegenwart – die Grundrechte im Grundgesetz – das Spannungsverhältnis zwischen Recht und Gerechtigkeit – Rechtsfelder – Rechte und Pflichten von Kindern und Jugendlichen – Sinn und Zweck von Strafe – Besonderheiten des Jugendstrafrechts 		
Wahlpflichtinhalte:		
<ul style="list-style-type: none"> - Situation der Menschenrechte (Deutschland – früher und heute, weitere Länderbeispiele) - ziviler Ungehorsam und staatliches Gewaltmonopol (Fallbeispiele BRD, DDR, Nationalsozialismus) 		

4.4 Themenfeld Gesellschaft – Doppeljahrgangsstufe 9/10

Kompetenzbezug:		
→	→ →	→ → →
Die Schülerinnen und Schüler		
– erläutern und bewerten Werte und gesellschaftliche Leitbilder in der Bundesrepublik Deutschland,		– erläutern und bewerten Werte und gesellschaftliche Leitbilder in der Bundesrepublik Deutschland, erörtern die Herkunft gesellschaftlicher Leitbilder,
– beschreiben und erläutern Sozialisationsinstanzen und ihren Wandel in unserer Gesellschaft,		– analysieren Sozialisationsinstanzen und ihren Wandel in unserer Gesellschaft,
– bewerten Sozialisationsinstanzen in ihrem Wandel,		
– erklären Ursachen und Formen sozialer Ungleichheit und deren Auswirkungen auf die Gesellschaft,		
– beschreiben und erklären wesentliche Elemente der Sozialstruktur der Bundesrepublik Deutschland sowie die Besonderheiten der Lebensbedingungen in ihrer Region,		– analysieren wesentliche Ursachen und Elemente der Sozialstruktur der Bundesrepublik Deutschland sowie die Besonderheiten der Lebensbedingungen in ihrer Region,
– stellen den demografischen Wandel der Gesellschaft dar und erläutern Folgeprobleme,		
– arbeiten Möglichkeiten politischer Einflussnahme und Steuerung heraus und nehmen dazu begründet Stellung,		– arbeiten Möglichkeiten politischer Einflussnahme und Steuerung heraus und diskutieren diese Möglichkeiten und nehmen begründet dazu Stellung,
– gestalten eine statistisch auswertbare Erhebung mithilfe des Computers.		
Inhalte:		
<ul style="list-style-type: none"> – Werte und Leitbilder – Sozialisationsinstanzen – Ursachen, Formen und Merkmale sozialer Ungleichheit – Sozialstruktur und deren Besonderheit in der Region – demografische Veränderungen und deren Folgen – Herausforderungen für den Sozialstaat 		
Wahlpflichtinhalte:		
<ul style="list-style-type: none"> – Bildung und Erziehung in historischer Perspektive, Erfahrungen der Eltern- und Großelterngeneration – Vereinbarkeit von Beruf und Familie als gesellschaftliche und sozialpolitische Herausforderung (aktuell, Rückblick) 		

4.5 Themenfeld Wirtschaft – Doppeljahrgangsstufe 9/10

Kompetenzbezug:		
→	→ →	→ → →
Die Schülerinnen und Schüler		
– beschreiben und erklären die Grundlagen sowie Merkmale des Systems der sozialen Marktwirtschaft und erschließen deren Schwächen und Stärken,		– beschreiben und erklären die Grundlagen sowie Merkmale des Systems der sozialen Marktwirtschaft und diskutieren deren Schwächen und Stärken,
– charakterisieren wesentliche Ziele und Inhalte staatlicher Wirtschaftspolitik,		
– bezeichnen die Möglichkeiten der staatlichen Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik an Beispielen aus der Region und ermitteln deren Grenzen,		– beurteilen die Möglichkeiten der staatlichen Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik an Beispielen aus der Region und erörtern deren Grenzen,
– stellen die Interessen der zentralen wirtschaftspolitischen Akteure dar und beschreiben, nach welchen Regeln Interessenkonflikte ausgetragen werden,		
– benennen bedeutsame Probleme und Herausforderungen des globalen sozioökonomischen Wandels und überprüfen deren Einfluss auf die Arbeitswelt und die eigene berufliche Zukunft,		– ermitteln bedeutsame Probleme und Herausforderungen des globalen sozioökonomischen Wandels und überprüfen deren Einfluss auf die Arbeitswelt und die eigene berufliche Zukunft,
– entwickeln eine Arbeitsmarktanalyse ihrer Region.		
Inhalte:		
<ul style="list-style-type: none"> – Grundlagen und Merkmale der sozialen Marktwirtschaft – Ziele und Inhalte staatlicher Wirtschaftspolitik (Beschäftigungssicherung, wirtschaftliches Wachstum, Umweltschutz ...) – zentrale wirtschaftspolitische Akteure – Austragung von Interessenkonflikten – Probleme und Herausforderungen des sozioökonomischen Wandels in der gegenwärtigen Arbeitswelt 		
Wahlpflichtinhalte:		
<ul style="list-style-type: none"> – Zentralverwaltungswirtschaft der DDR und soziale Marktwirtschaft der BRD als konkurrierende Wirtschaftssysteme – Entwicklung des regionalen Wirtschaftsstandortes (Ist-Stand, Rück- und Ausblick) 		

4.6 Themenfeld Demokratie – Doppeljahrgangsstufe 9/10

Kompetenzbezug:		
8-7	8-7 8-7	8-7 8-7 8-7
Die Schülerinnen und Schüler		
– erklären zentrale Prinzipien der Demokratie,		
– stellen verschiedene Formen der politischen Partizipation dar,		– stellen verschiedene Formen der politischen Partizipation dar und unterscheiden repräsentative sowie direkte Demokratie,
– erläutern die Rolle der politischen Parteien und wesentliche Unterschiede ihrer Positionen,		
– erläutern exemplarisch Wahlen und Formen der Bürgerbeteiligung auf kommunaler und Landesebene,		
– ermitteln Demokratie ablehnende Orientierungs- und Handlungskonzepte,		– ermitteln und erörtern Demokratie ablehnende Orientierungs- und Handlungskonzepte,
– setzen sich mit Vorschlägen zum Schutz der Demokratie auseinander,		
– erklären die Unterschiede von Demokratie und Diktatur,		
– benennen die Mitgliedstaaten der EU und vergleichen diese (exemplarisch) anhand grundlegender sozio-ökonomischer Daten,		
– erläutern die Ziele und Motive der Europäischen Union,		– erläutern die Ziele und Motive der Europäischen Union sowie wesentliche Stationen der europäischen Einigung nach 1945,
– erläutern Unterschiede und Interessenlagen der EU-Staaten und ein hieraus resultierendes Problemfeld europäischer Politik,		
– beschreiben die Aufgaben sowie das Zusammenwirken der wesentlichen europäischen Institutionen,		
– beschreiben die Beteiligung der Bundesrepublik und ihrer Bürgerinnen und Bürger an politischen Entscheidungen der EU (Wahlen, Institutionen),		– beschreiben und erörtern die Beteiligung der Bundesrepublik und ihrer Bürgerinnen und Bürger an politischen Entscheidungen der EU (Wahlen, Institutionen),
– beschreiben wesentliche Politikfelder der EU,		– beschreiben wesentliche Politikfelder der EU und erläutern ihre unterschiedliche Bedeutung,
– gestalten ein Medienprodukt zu einem politischen Thema, das sie öffentlich präsentieren und vertreten.		
Inhalte:		
<ul style="list-style-type: none"> – Prinzipien der Demokratie, ihre Formen und Gefährdungen – Demokratie und Bürgerbeteiligung, Parteien, Wahlen, Bürgerinitiativen und Interessenverbände, – Regierungsbildung, Entscheidungsstrukturen und -prozesse in einer Demokratie – Aufgaben von Verfassungsorganen und wirksame Kontrolle von staatlicher Macht – Demokratie und Diktatur: Vergleich BRD – DDR – europäischer Raum und europäische Staatenwelt – europäische Idee und wichtige Institutionen 		

Inhalte:
<ul style="list-style-type: none"> – Probleme der europäischen Einigung – Grenzen und Binnenmarkt – Chancen und Herausforderungen für Jugendliche im europäischen Raum
Wahlpflichtinhalte:
<ul style="list-style-type: none"> – Parteien und Wahlen in der DDR – Opposition und Kampf um Menschenrechte in der DDR

4.7 Themenfeld Internationale Politik – Doppeljahrgangsstufe 9/10

Kompetenzbezug:			
→	→ →	→ → →	
Die Schülerinnen und Schüler			
– erschließen sich globale Dimensionen des Friedens,			
– nennen an einem Beispiel Ursachen internationaler Konflikte sowie Möglichkeiten der Konfliktregulierung,	– arbeiten exemplarisch internationale Konflikte und Konfliktregelungen heraus und interpretieren die gegenwärtig vorhandenen internationalen Konfliktpotenziale,		
– erschließen sich, dass dauerhafter Frieden in der Welt auch Abbau von Ungleichheiten erfordert,			
– benennen wesentliche rechtliche Grundlagen der internationalen Politik und die wichtigsten Institutionen, setzen sich mit den Möglichkeiten der militärischen und nicht militärischen Friedenssicherung auseinander,	– erläutern die rechtlichen Grundlagen und Institutionen der internationalen Politik, setzen sich mit den Möglichkeiten der militärischen und nicht militärischen Friedenssicherung auseinander,	– erläutern die rechtlichen Grundlagen und Institutionen der internationalen Politik und diskutieren die Möglichkeiten der militärischen und nicht militärischen Friedenssicherung,	
– setzen sich in einem Planspiel mit dem politischen Entscheidungsprozess auseinander.			
Inhalte:			
<ul style="list-style-type: none"> – Konflikte und ihre Ursachen, Konfliktlösungsmöglichkeiten – Möglichkeiten der internationalen wirtschaftlichen, ökologischen und kulturellen Zusammenarbeit, internationale Institutionen (z. B. UNO, IWF, UNESCO, Weltbank, NGO) – Systeme und Maßnahmen der Friedenssicherung, Out of area-Einsätze und Rolle der Bundeswehr 			

